

StPr/Ober/1.StPr/SPr/61/10.1

Rathausfraktion



CDU Kreisverband
Neumünster

CDU-Kreisverband, Kieler Str.20, 24534 Neumünster

Herrn Stadtpräsident
Friedrich-Wilhelm Strohdiek
Rathaus

24534 Neumünster

E. M.M. 13
J. M. M. 13
11.11.2013

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung.

Mit freundlichen Grüßen

Helga Bühse

Helga Bühse
und Fraktion

Antrag der CDU-Ratsfraktion für die nächste Ratsversammlung

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich zwischen Holsatenring, Wittorfer Strasse bis Helmoldstrasse und von da aus über die Schwale-Niederung bis zur Ehndorfer Strasse und dann wieder zum Ring vorbereitende Untersuchungen einzuleiten mit dem Ziel, durch Sanierung diesen Bereich städtebaulich weiter zu entwickeln.
2. Es sollen Anträge auf Förderung aus dem Fond Stadtumbau West und/oder für Mittel der Europäischen Union (Mittel aus dem Europäischen Strukturfond) und/oder für Mittel aus anderen in Frage kommenden Programmen gestellt werden.
3. Die Ratsversammlung ist grundsätzlich damit einverstanden, wenn für das oben genannte Gebiet ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben wird, nachdem das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung vorliegt und ein Konzeptentwurf erarbeitet ist. Eine weitere Gremienbeteiligung ist entsprechend der Zuständigkeiten vorzunehmen.

Kieler Str.20 Telefon 0 4321 / 99 64 0
24534 Neumünster Telefax 0 4321 / 996424

Internet: <http://www.cdu-nms.de>
Email: info@cdu-nms.de

Sparkasse Südholstein
(BLZ 230 510 30) Konto 111 325
Volksbank Raiffeisenbank eG
(BLZ 212 900 16) Konto 20 220 790

4. Im Rahmen dieses Projektes soll eine Verbindung zwischen Wittorf und Faldera zur Ergänzung eines Fuß- und Radwegenetzes mit eingeplant werden, sofern dies der Verwaltung unter Machbarkeits- und Kostengesichtspunkten sinnvoll erscheint.

5. Sollten keine oder nur geringe Fördermittel in Aussicht gestellt werden, soll von der Sanierung zunächst Abstand genommen werden.

6. Vor einer geplanten Einstellung des Projektes etwa wegen unzureichend zur Verfügung stehender Fördermittel soll der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss mit Angabe der Gründe informiert werden.

Begründung des Antrags:

Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Räume zielen vor allem darauf ab, die städtebauliche Attraktivität des gesamten Gebietes zu erhöhen. Die Reaktivierung von Brachflächen bzw. nur mit geringer Wertschöpfung genutzten Flächen ist aber gerade auch im Interesse der Wirtschaftsförderung sowie der langfristigen Stärkung der Finanzkraft der Stadt. In dem räumlich umrissenen Gebiet besteht großer städtebaulicher Handlungsbedarf, dem sich die städtischen Gremien und die Verwaltung stellen sollte.

Die CDU möchte nicht, dass wertvolle „Industriegebiets“-Flächen (GI-Flächen) für Investitionsvorhaben veräußert werden, für die „Gewerbegebiets“-Flächen (GE-Flächen) auch auf Dauer völlig ausreichend wären. Dies soll auch dadurch vermieden werden, dass Möglichkeiten der innerstädtischen Aktivierung von GE-Flächen ergriffen werden.